

## TTIP: die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft

Ursula Gröhn-Wittern

TTIP steht für Transatlantic Trade and Investment Partnership (transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft) und wird zwischen der EU und den USA verhandelt.

Im Juli 2013 haben die Verhandlungen begonnen. Die Befürchtung ist, dass die Vorteile der versprochenen Handelserleichterungen: neue Jobs und wirtschaftliches Wachstum, dadurch erkauft werden, dass die generell strengeren Sicherheitsstandards der EU geopfert werden und man sich auf den niedrigsten gemeinsamen Nenner einigen wird. Auswirkungen auf den Dienstleistungssektor, die sozialen und ökologischen Standards und die Demokratie sind zu erwarten und damit auf das Leben von allen BürgerInnen.

Dazu kommen erhebliche Defizite in der Transparenz der Verhandlungen, die sich der demokratischen Kontrolle durch Parlament und Gesellschaft entziehen und nur auf „höchster Ebene“ (EU Kommission und Mitglieder des Trade Advisory Committees in der USA) verhandelt wird. Presse oder Zivilgesellschaft sind nicht zu gelassen. Bereits im Herbst 2013 sollte das Abkommen fertig sein. Aber so schnell wird es nicht gehen.

Seit die WTO Verhandlungen laufen, gab es Streit zwischen den USA und der EU in Bezug auf die Nahrungsmittelsicherheit und Klagen vor der Schiedsstelle zu Gentechnik, Nahrungszusätzen, veterinärmedizinische Produkte, und Verarbeitung von Lebensmitteln, die in den USA als sicher gelten, bei uns aber nicht. Die Standards wurden im Codex Alimentarius gesetzt, ein in der UN angesiedelte Körperschaft. Referenzpunkt bei den Verhandlungen auf bilateraler Ebene ist das Agreement on Sanitary and Phytosanitary Standards (SPS). Bei den Verhandlungen zu TTIP können

nun Standards gesetzt werden die dem Codex entsprechen oder Bedingungen weiter lockern.

Das in der EU herrschende Vorsorgeprinzip steht als Handelshemmnis in Gefahr geopfert zu werden. Außerdem wird es dazu kommen, dass Transnationale Konzerne, sollten sie sich benachteiligt fühlen, Regierungen direkt verklagen können. Da verwundert es nicht, dass ihre Vertreter kräftig mit verhandeln, VertreterInnen der Parlamente aber draußen bleiben.

Es ist die Aufgabe der Bürger und Bürgerinnen, bei ihren politischen VertreterInnen ständig und penetrant Informationen zu TTIP und Kontrolle einzufordern. Sonst könnte dies der Anfang von Ende der Demokratie sei. Vorteile für die Bürger der EU scheinen in realistischer Weise nicht in Sicht.

Die beiden folgenden Artikel beleuchten die Auswirkungen des Freihandelsabkommen auf den Agrarbereich und auf Entwicklungsländer.

Diese und weitere Artikel zum TTIP sind in der Broschüre „Das Freihandelsabkommen mit den USA in der Kritik“ erschienen, herausgegeben von Ska Keller, Handelspolitische Sprecherin der Grünen im Europaparlament.

Weitere relevante Informationen zum TTIP gibt es beim Institute for Agriculture and Trade Policy, [www.iatp.org](http://www.iatp.org)

# Bauern und Bürger müssen gegen halten Agrarindustrie will Handelspolitik für sich entscheiden

Berit Thomsen

Bei TTIP, also dem geplanten Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA, ist der Name nicht Programm. Jedenfalls, wenn der Landwirtschaftsbereich bewertet wird. Denn bei TTIP steht nicht der Ausbau der Handelsströme allein für die europäische Agrarindustrie im Vordergrund, sondern TTIP eröffnet die Möglichkeit, die bäuerlichen und handwerklichen qualitativ hochwertigen Standards in Europa anzugreifen und gegen industrielle Verfahrensweisen auszu-tauschen. Aber der Reihe nach.

Die EU exportierte im Jahr 2011 Agrargüter im Wert von 97,4 Milliarden Euro. Davon gelangen in die USA Agrargüter im Wert von 13,20 Milliarden Euro. Der europäische Exportanteil in die USA umfasste also knapp 14 Prozent.<sup>(1)</sup> Der Hauptagrarhandel der EU findet außerhalb der USA statt. In die USA exportiert die EU vor allem weiterverarbeitete Produkte - allen voran Milchprodukte, aber ebenso Kakaoerzeugnisse und Dauerbackwaren. Aus den Vereinigten Staaten importiert die EU dagegen vor allem Rohstoffe wie Nüsse, Sojabohnen und Fisch.

## Lebensmittelstandards unter Druck

Die Zölle im Außenhandel zwischen der EU und den USA sind bereits jetzt schon recht niedrig und bewegen sich unterhalb von fünf Prozent. Deshalb wird der Fokus bei den geplanten Verhandlungen um ein transatlantisches Freihandelsabkommen im Agrarsektor vor allem auf dem Abbau der nichttarifären Handelshemmnisse liegen.

In der Logik der Verhandlungen um ein Handelsabkommen zwischen EU und USA bedeutet es, das Regeln und Qualitätsstandards angeglichen werden müssen. Im Lebensmittelsektor ist zu befürchten, dass diese „Angleichung“ zulasten der zum Teil höheren EU-Standards gehen wird. Dies könnte zum Beispiel die Behandlung von Nutztieren mit Wachstumshormonen betreffen. Diese werden in den USA als gängige Masthilfe eingesetzt, zum Beispiel bei Rindern. Auch das Inverkehrbringen von Lebensmitteln aus geklonten Tieren, das in den USA bereits weit verbreitet ist, könnte in der EU Einzug halten. Des Weiteren könnte in der EU umstrittene Vergabe von Patenten auf Lebewesen noch stark ausgedehnt werden.

## TTIP soll Import von Gentechnik erleichtern

Bei Gentechnik wird es im Interesse der Konzerne sein, den Zulassungsprozess für Gentechnikpflanzen für den Import oder den Anbau in der EU zu be-

schleunigen. Des Weiteren könnte die Nulltoleranz für nicht zugelassene gentechnisch veränderte Lebensmittel aufgehoben werden. Auch bei Saatgut werden die USA versuchen, die geltende und bewährte Nulltoleranz bei gentechnischen Verunreinigungen aufzuweichen und Schwellenwerte einzufordern. Die USA werden weiterhin darauf drängen, die Kennzeichnungsregelungen für Gentechnikpflanzen in Europa auszuhebeln.

Das ist zwar alles bis dato noch spekulative Zukunftsmusik und die bisher geheim gehaltenen Verhandlungsinhalte sollen auch eine öffentliche Debatte um die Ausgestaltung solch eines Abkommens verhindern, dennoch gibt es zwei konkrete Beispiele, die erste reale Folgeabschätzung zulassen.

Beispiel Nummer Eins heißt MIR162. Ein gentechnisch veränderter Mais, der seit Oktober 2012 in die EU als Futter- und Lebensmittel importiert werden darf. Das ist noch nicht so besonders, da bisher einige Dutzend gentechnisch veränderte Mais-, Raps- oder Sojasorten in der EU zum Verfüttern zugelassen worden sind. Aber die EU gibt die Importzulassung dieses Gen-Maises als ein Zugeständnis an die USA an, um die Verhandlungen überhaupt erst in Schwung zu bringen. Es ist gut möglich, dass der Import von MIR 162 auch ohne die EU-USA-Handelsgespräch erlaubt worden wäre. Aber das Beispiel zeigt, dass Gentechnik klar Gegenstand der Diskussion ist. Dennoch werden die Freihandelsbefürworter nicht müde, der gentechnisch-kritischen Gesellschaft in Europa zu versichern, das Gentechnik überhaupt nicht zur Verhandlung stehen soll.

Die Agrarindustrie kann sich indes freuen. Die Zulassung von MIR162 wurde vom US-Getreiderat (USGC) begrüßt, einer Branchenplattform zur Exportförderung. Sie loben, dass damit weiteren US-Maisserzeugnissen der Weg in die EU geebnet werde.<sup>(2)</sup> Für die europäische Lebensmittel-Exportindustrie ist der Import von Futtermitteln eine wesentliche Basis, um die Überschüsse von Milch- und Fleischprodukten für den

Weltmarkt überhaupt erzeugen zu können, da in Europa für die Übermengen die Flächen gar nicht ausreichen. Deshalb sind ungehinderte Maisimporte und noch viel mehr, ungehinderte Importe von Sojafuttermitteln, auch gentechnisch verändert, willkommen. Zum Einen. Zum Anderen ist die Tür für die agroindustrielle Gentechnik in Europa wieder ein klitzekleines Stück weiter geöffnet worden.

## Milchsäurebakterien auf dem Rindfleisch

Beispiel Nummer Zwei trägt den Namen Lactobacillaceae. Dahinter steckt das Verfahren, Rindfleisch-Schlachtkörper mit Milchsäure zu besprühen. In den USA ist das gängige Praxis. In der EU ist das Verfahren seit Februar 2013 auf Grundlage einer Unbedenklichkeitsstudie der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) erlaubt. Die offizielle Begründung für diese neue EU-Regulierung ist, dass durch diese Behandlung unter anderem das Salmonellenrisiko verringert wird. Das ist natürlich korrekt, aber bei einer guten Schlachtpaxis reicht die Behandlung von Schlachthälften mit Trinkwasser aus. Die Milchsäurebakterien haben aber noch eine weitere Eigenschaft. Sie lassen das Fleisch schneller reifen. Dadurch wird das Abhängen im Reifeprozess verkürzt. Das ist insbesondere für industrielle Schlachtwege und weitere Rationalisierungsschritte interessant. Die handwerkliche und kostenintensivere Fleischverarbeitung wird dann noch ein Stück weiter ausgebaut. Wie die gentechnisch veränderte Maissorte ist auch die Zulassung der Milchsäurebehandlung ein Zugeständnis der EU gegenüber den USA, um die Verhandlungen anzuschieben. Noch verboten in der EU, aber erlaubt in den USA ist die Chlorbehandlung von Hähnchenfleisch.

## TTIP spielt Interessen der Agroindustrie in die Hände

Die beiden Beispiele machen deutlich, dass die Verhandlungen einer ge-

meinsamen Freihandelszone zwischen EU und USA nicht nur die transatlantischen Handelsströme befördern könnten, sondern das die Agrarindustrie ihre Interessen vorantreiben können, nämlich die Landwirtschaft weiter zu industrialisieren und damit ihr Geschäft zu machen. Dazu gehören intensive hochtechnologisierte Anbauverfahren, die den Pestizid- und Düngemittelabsatz ankurbeln ebenso wie die immer intensivere Produktion und Verarbeitung von Fleisch und Milch in Agrarfabriken, um immer mehr Überschüsse für den Export zu erzeugen. Für die Bäuerinnen und Bauern ist ein transatlantisches Freihandelsabkommen kontraproduktiv. Sie werden durch die Industrialisierung in der Landwirtschaft in ihrer Existenz gefährdet und verdrängt. Bäuerliche Höfe und handwerkliche Verarbeitungsbetriebe brauchen solch ein Freihandelsabkommen nicht, sie profitieren vielmehr von regionalen, vielfältigen und an Kreisläufen orientierte

handwerkliche Lebensmittelerzeugung. TTIP droht die Agrarindustrie zu stärken und Bauernhöfe zu schwächen. Deshalb sind die geheimen Verhandlungen zu stoppen.

#### Ausblick

Ein zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen die aggressiven und undemokratischen Handelsbemühungen, wie er sich in Deutschland in einem breiten Bündnis organisiert hat, ist die Voraussetzung, damit sich ein anderes, besseres Handelssystem etablieren kann. Handelspolitik muss auf multilateraler Ebene geführt werden. Das heißt vor allem, dass auch die Betroffenen, also im vorliegenden Fall zum Beispiel auch die Bäuerinnen und Bauern sowie die Zivilgesellschaft, mit an die Verhandlungstische müssen. Dabei müssen die sozialen und ökologischen Rechte für die Menschen in aller Welt in den Vordergrund gestellt werden.<sup>(3)</sup> Ziel ist der Erhalt und die Stärkung einer bäu-

erlichen ökologischen Landwirtschaft, einer qualitätsorientierten, möglichst regionalen Lebensmittelerzeugung, einer artgerechten Tierhaltung, der Verzicht auf Risikotechnologien, der Stopp der Monopolisierung der Lebensmittelmärkte durch geistige Eigentumsrechte und ein fairer Handel mit Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in der Welt. Die Ernährungssouveränität aller Länder muss gewährleistet sein.

*Berit Thomsen*

*Dipl. Ing Agrar.*

*Mitarbeiterin der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)*

*mit den Schwerpunkten Agrar- und Handelspolitik*

- (1) Siehe dazu beim Bundeslandwirtschaftsministerium unter: [www.bmelv-statistik.de](http://www.bmelv-statistik.de)
- (2) Agra-Europe (2012). „Transgenerer Mais MR162 in der EU zugelassen“, 44/12, Oktober 2012
- (3) Siehe [www.abl-ev.de/themen/faierer-welthandel/positionen.html](http://www.abl-ev.de/themen/faierer-welthandel/positionen.html)

## TTIP versus Globaler Süden Potentielle Folgen des Freihandelsabkommens auf Entwicklungs- und Schwellenländer

*Sven Hilbig*

Spätestens seit der Gründung der Welthandelsorganisation WTO (1995) beschäftigen sich entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen (NGOs) mit dem Welthandel und dessen Auswirkungen auf Umwelt und Entwicklung. In der letzten Dekade konzentrierte sich die Auseinandersetzung auf die kritische Begleitung der 2001 von der WTO initiierten Doha-Entwicklungsrunde sowie auf die bilaterale Handelspolitik der Europäischen Union. Die Kritik an der europäischen Handels- und Investitionspolitik entzündete sich in erster Linie daran, dass die EU bei ihrem Eintreten für mehr Freihandel mit zweierlei Maß misst. Auf der einen Seite setzt sie sich für protektionistische Maßnahmen ein, um ihre Agrarmärkte vor günstigeren Agrarprodukten aus den Entwicklungsländern und Schwellenländern zu schützen. Auf der anderen Seite fordern die Brüsseler Verhandlungsführer von den Ländern des globalen Südens ihre Märkte in den Bereichen zu liberalisieren und deregulieren, wo die europäischen Unternehmen Wettbewerbsvorteile genießen – namentlich: bei Investitionen, Dienstleistungen, geistigem Eigentum und dem öffentlichem Beschaffungswesen. Der inzwischen acht Jahre andauernde Stillstand bei den Verhandlungen über den Abschluss der Doha-Runde ist in erster Linie diesem immanenten Widerspruch geschuldet.

Nach dem Scheitern der WTO-Verhandlungen richteten die beiden Mitbegründer der Welthandelsorganisation, die EU und die USA, ihre Bemühungen um weltweite Durchsetzung ihrer Handels- und Investitionsinteressen strategisch neu aus. Zum einen schlossen sie sich mit Staaten, die gleiche ökonomische Interessen verfolgen, zusammen um so genannte plurilaterale Abkommen zu vereinbaren, wie zum Beispiel das den Dienstleistungsbereich regelnde Trade in Services Agreement (TiSA). Ferner versuchen sie noch stärker als in der Vergangenheit mit einzelnen Staaten(gruppen) bilaterale Handels- und Investitionsabkommen abzuschließen. Die EU verhandelt dabei

neuerdings zunehmend auch Verträge mit führenden Industrienationen aus. So wurde im Oktober dieses Jahres ein Freihandelsabkommen mit Kanada abgeschlossen. Die USA ihrerseits treiben vor allem Mega-Regionale Abkommen voran. Seit 2010 verhandeln sie mit zahlreichen anderen Staaten Lateinamerikas und Asiens über ein Partnerschaftsabkommen für den pazifischen Raum (Trans-Pacific Partnership, TPP) – und im Juni 2013 begannen die Verhandlungen über die Errichtung einer „Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft“ (Transatlantic Trade and Investment Partnership – TTIP).

#### **Ist TTIP relevant für Entwicklungsländer?**

Seit dem Beginn der Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen stellen sich entwicklungspolitische Organisationen wie Brot für die Welt die Frage, ob und inwieweit TTIP für ihre Arbeit relevant ist. Viele dieser Organisationen scheinen die Frage (bisher) mit Nein zu beantworten - zumindest herrscht ein halbes Jahr nach Verhandlungsbeginn (noch) vornehme Zurückhaltung bei den Akteuren. Der Grund ist offensichtlich: Die Regierungen der Entwicklungs- und Schwellenländer sitzen bei TTIP nicht am Verhandlungstisch. Aber kann daraus der Rückschluss gezogen werden,

die Interessen der Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika seien von TTIP nicht betroffen?

Zur Beantwortung dieser Frage müssen wir uns vergegenwärtigen, welches langfristige, strategische Ziel mit TTIP verfolgt wird. Die von den Regierungen diesseits und jenseits des Atlantiks immer wieder bemühte Begründung, TTIP diene dazu die Handelshemmnisse zwischen Europa und den USA abzubauen, um so mehr Wachstum und Wohlstand für ihre Bürger zu schaffen, ist sicherlich nicht oberstes Ziel. Zum einen ist das Zollniveau zwischen den beiden Wirtschaftsblöcken ohnehin gering (In der EU durchschnittlich 5,3 Prozent, in den USA 3,5 Prozent). Zum anderen ist inzwischen bekannt geworden, die zu Beginn der Verhandlungen versprochenen Wachstumsraten von etwa 0,5 Prozent werden nicht pro Jahr, sondern lediglich im Laufe eines ganzen Jahrzehnts erwartet.

### TTIP hat globale strategische Gründe

Die Gründe und Ziele für die gegenwärtige Forcierung dieses schon zwanzig Jahre alten Projekts sind vielmehr woanders zu suchen. Sie werden deutlich, wenn wir uns die eingangs beschriebenen Entwicklungen im Welthandel so-

wie den von Jahr zu Jahr offensichtlicher werdenden Paradigmenwechsel im globalen Machtgefüge zugunsten der aufstrebenden Schwellenländer vor Augen führen, der sich u. a. an BRICS-Staaten<sup>1</sup> und der Schaffung der G-20 manifestiert. Dieser politische und ökonomische Machtverlust ist der eigentliche Grund warum die Regierungen in Washington und Brüssel alle Hebel in Bewegung setzen, um in den kommenden Jahren eine transatlantische Freihandelszone zu schaffen: TTIP soll den EU und USA ihre, nach wie vor bestehende, dominante weltpolitische Rolle gegenüber einer immer stärker werdenden multipolaren Welt erhalten.

Ein solches Vorhaben setzt voraus, dass Brüssel und Washington ihre Interessen in den Themenfeldern durchsetzen, wo sie seit Gründung der WTO immer wieder auf Widerstand gestoßen sind: bei Investitionen, Dienstleistungen und geistigem Eigentum. Aus den bisher bekannten Entwürfen der EU-Kommission für das TTIP-Verhandlungsmandat geht hervor, das Abkommen solle sowohl im Dienstleistungs- als auch Investitionsbereich dazu dienen, Bestimmungen auf der Basis des höchsten

<sup>1</sup> Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika.

Liberalisierungs- und Schutzniveaus bei der Verhandlungspartner umzusetzen. Im Mittelpunkt der TTIP-Verhandlungen steht demnach mittelfristig die Harmonisierung von Normen und Standards zwischen den beiden transatlantischen Partnern, um diese dann langfristig weltweit durchzusetzen. Mit anderen Worten: Die Errichtung einer transatlantischen Freihandelszone hat das Ziel ein neues handelspolitisches globales Paradigma zu schaffen.

Ob es der EU und den USA mittels TTIP tatsächlich gelingen wird beim weltweiten Wettlauf um Wettbewerbsvorteile und Marktanteile wieder Boden gegenüber China, Brasilien, Indien und den anderen aufstrebenden Schwellenländern gut zu machen, entzieht sich unserer Kenntnis. Was wir hingegen wissen ist, dass hierbei aller Wahrscheinlichkeit nach jene Staaten ins Hintertreffen geraten, die von Wirtschaftsstrukturen geprägt sind, die im weltweiten Vergleich wenig wettbewerbsfähig sind. Sprich: die ärmsten Entwicklungsländer.

*Sven Hilbig ist Referent für Welthandel und Internationale Umweltpolitik bei Brot für die Welt.*

## Meldungen

### Es geht los: Zwei neue Projekte der Agrar Koordination starten

Im April beginnt unsere Kampagne „Roundup & Co – Unterschätzte Gefahren“. Inhalt ist der Schutz von Umwelt, Gesundheit und einer nachhaltigen Nahrungsproduktion vor Glyphosat-haltigen Totalherbiziden. Betreut wird das 2-Jahres Projekt von Julia Sievers-Langer.

**Going Green – Deine Konsumrevolution** ist das Nachfolgeprojekt von KonsUmwelt und macht mit den Themen: Verantwortungsvoller Konsum,

Lebensmittelproduktion und –verschwendung sowie Verpackung und Müllvermeidung weiter Bildungsarbeit zum Umwelt- und Ressourcenschutz. Neu ist das ReferentInnen ausgebildet werden und in Schulen und Jugendgruppen zu diesen Themen Veranstaltungen durchführen. Engagierte ReferentInnen die Interesse und Lust an diesen Themen haben werden noch gesucht und können sich gerne bei uns melden. Kontakt: corina.schulz@agrarkoordination.de

### „Wie Bildungsarbeit gelingen kann...“

ein Methodenheft zum Thema nachhaltige Landwirtschaft. Diese Methodenmappe, die sich an Leh-

rerInnen (Schulklassen ab der 9. Klasse) und ReferentInnen der Bildung für nachhaltige Entwicklung richtet, profitiert von den Erfahrungen der fast zehnjährigen Bildungsarbeit unserer BIOPOLI-Referenten. Wir haben das Glück, ihre Erfahrungen und Methodenvorschläge in einer etwas persönlicheren Form in einer Sammlung vorstellen zu dürfen.

Herausgekommen ist eine bunte Mischung an Methoden zum Thema Nachhaltige Landwirtschaft, die erprobt und geeignet sind gute Bildungsveranstaltungen zu machen. Das Methodenheft umfasst 72 Seiten, DIN A 4 und ist zu bestellen bei der Agrar Koordination, 5 € + Porto. €

### Impressum

6 Ausgaben im Jahr kosten € 10,80 (Lastschrift) inklusive Porto für den Versand im Inland.

Für ein Auslandsabo stellen wir das erhöhte Porto in Rechnung.

**Herausgeber:** Forum für internationale Agrarpolitik FIA e.V. (gemeinnützig). Spendenquittungen werden ausgestellt.

**Redaktion:** Agrar Koordination, Mireille Remesch, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel.: 040 39 25 26; Fax 040 399 00 629; info@agrarkoordination.de, www.agrarkoordination.de

**Bankverbindung:** Forum für internationale Agrarpolitik (FIA) e.V., GLS Bank (BLZ 430 609 67) Konto 2029563500

**Druck:** Druckwelten Hamburg, 100 % recycling Papier

**ISBN:** 978-3-9813497-2-6

